

Correspondent

Er scheint
Dienstag, Donnerstag,
Sonntag.
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

40. Jahrg.

Leipzig, Donnerstag den 6. November 1902.

Nr 129.

Zum Friedensschlusse!

Die Ereignisse sind diesen Zeilen vorausgeleitet, so daß bei ihrer Drucklegung das Kapitel „Verband und Gewerkschaft“ als abgeschlossen gelten kann. Verband und Gewerkschaft, welche Gedanken und Gefühle rufen diese Worte in uns nach, welche trüben Erinnerungen werden in uns lebendig, wenn wir die Zeiten überdenken, die den Kampf zwischen Verband und Gewerkschaft gesehen haben. Sechs und ein halbes Jahr sind jetzt verfloßen, seit der große „Reformator“ Gash die Fahne der Rebellion erhob und in der Organisation zur Meuterei aufforderte, sechs Jahre, seit der sogenannte Friedensfeld-Kongreß die Basis für eine Sonderorganisation schuf und genau fünf Jahre, seit die Gewerkschaft ihre Arbeit „zur Förderung der deutschen Gewerkschaftsbewegung“ begann, unterstützt von einem Teile der sozialdemokratischen Presse, von den ob dieses Zuwachses an Mitstreitern gegen den Verband vor Freude halb tollen Gutenbergs-Bündlern und von allen Zersplitterern in der Arbeiterbewegung. Wenig rühmlichen Angebens muß um der historischen Wahrheit willen gesagt werden, daß die Gewerkschaft teils mehr, teils weniger offen auch in den Kreisen der deutschen (namentlich der elsass-lothringischen) und der schweizerischen Verbandsmitglieder Unterstützung fand. Jede andre, minder festgefügte Organisation würde diesem gemeinsamen Ansturm, dieser Unterminierung erlegen sein, zudem das Organ der Gewerkschaft die leitenden Personen des Verbandes in einer in der deutschen Arbeiterbewegung noch nie dagewesenen Weise beschimpfte, verächtigte und verleumdete, versuchend, dadurch das Vertrauen der Verbandskollegen zu ihrer Leitung zu erschüttern. Es wäre im Rahmen eines einzigen Artikels ganz unmöglich, auch nur annähernd ein Bild jener Kampfweise hier aufzurollen, die von der Gewerkschaft gegen den Verband geführt wurde, es ist auch nicht nötig, da die Ereignisse noch frisch im Gedächtnisse unserer Mitglieder haften. Und vergehen heißt nicht vergessen. Der aber, der diesen Sturm heraufbeschworen, der den schlecht beratenen Verband besser beraten wollte, jener unheilvolle Mensch, der seinem gekränkten Ehrgeize, seinen persönlichen Leidenschaften sowohl zum Schaden des Verbandes wie der ganzen Arbeiterbewegung die Fügel schiefen ließ, der Mann hat auch bei seinen ehemaligen Mitkämpfern und Freunden alle Sympathie verloren, er hat seine angeblich moderne Organisation, die für die deutschen Arbeiter ein Vorbild sein sollte, auf Grund der Programmlosigkeit seines Zukunftsprogramms und seiner persönlichen Gefälligkeiten mit zu Grunde agitieren und regieren helfen, er ist heute der Einzige, der bei Freund und Feind seine Rolle ausgespielt hat, dem weder die Gewerkschaft eine Kränze nachweint, noch daß er zurückkehren könnte in den von ihm so maßlos beschimpften Verband. Sie transit — —!

Weil dem Verbande noch nie ein Opfer zu groß war, wenn er damit der Einigkeit der Ge-
hilfen dienen konnte, hat er auch die Gewerkschaft wieder aufgenommen. Für ihn ist es trotz aller Garantien ein Risiko, gerade denjenigen wieder die

Lore der Organisation zu öffnen, die ihn am rücksichtslosesten bekämpft und sein Ansehen am schmachlichsten herabzuwürdigen suchte. Wir erinnern nur an die Leipziger Kartellaffaire und an die Vorgänge in der Druckerei der Leipziger Volkszeitung. Der Verband aber ließ sich durch keine, vielleicht berechnete Besorgnisse abhalten, die höheren Interessen der ganzen Gewerkschaftsbewegung den eignen Interessen voranzustellen. Für den Verband kam in Frage, in dem Augenblicke, wo er unter Aufrechterhaltung seiner Würde und seines Ansehens Entgegenkommen zeigen konnte, die Beilegung einer der Gewerkschaftsbewegung schädlichen Sonderorganisation nicht unmöglich zu machen. Und so ist es auch hier wieder ein Verdienst des Verbandes, daß die Firma „Gewerkschaft der Buchdrucker“ im Handelsregister der Sonderorganisationen gelöscht wurde. Nicht darauf kommt es an, ob der Verband 185 Mitglieder mehr oder weniger zählt, sondern darauf, daß eine Sonderorganisation und deren Organ aus der Welt geschafft sind, daß die Unhaltbarkeit kleiner Sondervereine eklatant erwiesen und daß damit eine weitere Schwächung der gewerkschaftlichen Sonderorganisationen verursacht ist, deren Existenzberechtigung lediglich auf dem Papiere steht. Allen denen aber, die seit Jahren die Zersplitterungsbestrebungen im Verbande direkt oder indirekt gefördert haben, ist eine weise Lehre zu teil geworden, daß ferner bei uns nichts zu holen ist und gar mancher, der auf die Gewerkschaft der Buchdrucker große Hoffnungen setzte, sieht jetzt in der Lage des betrübten Lohgebers die Felle den Bach hinunterschwimmen. Die es angeht, merken sich das vielleicht für die Zukunft.

Es interessiert nun zunächst, zu erfahren, unter welchen Bedingungen die Aufnahme der Gewerkschaft in den Verband erfolgt ist. Wiederholt schon hatten die Vertreter der Gewerkschaft Schritte getan, diese Aufnahme herbeizuführen; da aber die Herren glaubten, uns Bedingungen stellen zu können, mußten von Verbandsseite die verlangten Verhandlungen abgelehnt werden. Vor einigen Wochen trat das Zentralkomitee der Gewerkschaft abermals an den Verbandsvorstand heran mit dem Ersuchen, zwecks Aufnahme der Gewerkschaft mit den Vertretern derselben zu verhandeln. Bei der Erörterung dieses neuerlichen Ersuchens stand für den Verbandsvorstand und die hinzugezogenen Vertreter der Gaue Berlin und Leipzig von vornherein fest, daß an die gewünschten Verhandlungen nicht gedacht werden könne, so lange die Gewerkschaft nicht den von ihr bisher eingenommenen prinzipiellen Standpunkt aufgibt und die bestehenden tariflichen und organisatorischen Verhältnisse anerkennt. Dies wurde in einer verbindlichen Aussprache zwischen Döblin, Engelbrecht und Pollender dem Letztern mitgeteilt. Daraufhin wurde auf Grund der vom Verbande gestellten Bedingungen eine Abstimmung in der Gewerkschaft vorgenommen, welche mit Vierfünftel-Mehrheit die Annahme folgender Resolution ergab:

„Die den Anschluß an den Verband der Deutschen Buchdrucker nachsuchenden Mitglieder der Gewerkschaft der Buchdrucker usw. erklären, die Bedingungen

des Verbandsstatuts gewissenhaft befolgen zu wollen. Weiter erklären sie, den zwischen Prinzipalität und Gehilfenschaft vereinbarten Tarif und den durch ihn geschaffenen gewerblichen Zustand anzuerkennen und den Widerstand dagegen einzustellen!

Man traut seinen Augen kaum, daß dieselben Leute diese Erklärung abgeben konnten, die noch vor wenigen Wochen in ihrem Organe gegenüber den „politischen Felljuden“ Döblin-Reghäuser behaupteten:

„Zu gunsten eines momentanen Vorteiles verschäffern sie die Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften, geben lange Kündigungsfristen und fünfjährige Lohnvereinbarungen ein, gestehen den Prinzipalen die Kontrolle über die Arbeitsnachweise zu, erlauben den Prinzipalen das Dreinreden in das Maßregelungs-Unterstützungsweisen, führen den die Gehilfenschaft schädigenden Staffeltarif ein, genehmigen außerdem noch Sonder-tarife, erlauben, daß die Verbandsmitglieder zugleich Mitglieder der Prinzipalstafte sein können, gestatten den Arbeitsnachweisen den Streikbrecherverband nach fremden Ländern, telegraphieren Bojadowsky an und werden wohl auch gemeinsame Unterstützungskassen mit den Prinzipalen einrichten“ usw.

Und wenn man weiter liest:

„Die Gewerkschaft der Buchdrucker, das Bollwerk sozialdemokratischer Gewerkschaftsbewegung, der Fels gegen die reaktionären Sturzwellen des Verbandes, steht unerschütterlich fest in der Brandung, die ihn umspült. Unre Organisation ist der Fels, an dem der Döblinismus zer-schellen wird“.

so bleiben für die Abgabe obiger Erklärung nur zwei Möglichkeiten offen: entweder hat man es mit einer abgefeimten, ehr- und charakterlosen Gesellschaft zu tun, für die der Zweck das Mittel heiligt und die nur deshalb die verlangte Erklärung abgegeben hat, einmal um sich eine gesicherte Zukunft auf dem Unterstützungsgebiete nicht entgehen zu lassen, und zum andernmale, um im Verbande wieder die Fahne der Zwietracht und der Verhegung erheben zu können, oder man hat es mit Leuten zu tun, die nach einer langen Reihe von Erfahrungen und Enttäuschungen, nach einer ehrlichen innern Einker und nach objektiver, leidenschaftsloser Prüfung der organisatorischen und tariflichen Verhältnisse einen bisher von ihnen vertretenen als falsch erkannten Standpunkt aufgeben. Da wir von keinem Menschen so schlecht denken können, daß er des oben angedeuteten grandiosen Betruges fähig wäre, bleibt nur übrig, der Erklärung der Gewerkschafter Glauben zu schenken. Dann dürfen wir ihnen aber auch nicht die Möglichkeit abschneiden, das begangene Unrecht wieder zu sühnen. Andererseits bedeutet es für den Verband eine moralische Eroberung, daß er seine grimmigsten Gegner zur Anerkennung des von ihm Geschaffenen zwingt — damit ist der Ring der Anerkennungen geschlossen, die der Verband unter dem Druck der Tatsachen seinen Gegnern abgerungen hat.

Die Erklärung der Gewerkschaft unterbreitete nunmehr der Verbandsvorstand den Gauvorständen, die ihn beauftragten, auf Grund jener Erklärung mit der Gewerkschaft in Unterhandlungen zu treten. Dieselben fanden am 14. Oktober in Leipzig statt und führten zu folgender Vereinbarung:

1. Alle zum Verbands über tretenden Mitglieder der Gewerkschaft erklären schriftlich ihr Einverständnis zu der in der unverbindlichen Aussprache zwischen dem Verbands- und Gewerkschaftsvertretern vereinbarten und den Bauvorständen übermittelten Erklärung.
2. Für diejenigen Mitglieder der Gewerkschaft, welche mit Nesten aus dem Verbands geschieden, ist der Nachweis zu erbringen, daß diese Nester der Gewerkschaft zugeführt worden sind, im andern Falle Nachzahlung seitens dieser Nestanten zu erfolgen hat.
3. Diejenigen Kollegen, bei denen Lücken in der Mitgliedschaft zwischen Verbands- und Gewerkschaftsmitgliedschaft vorhanden, gelten als Wiedereingetretene nach den Beschlüssen des Verbandsvorstandes unter Anrechnung nur der zur Gewerkschaft geleisteten Beiträge.
4. Die Vertreter der Gewerkschaft geben die Erklärung ab, dafür zu sorgen, daß nach eingetretener Verständigung eine größere Anzahl als die in dem Leipziger Versammlungsberichte angegebene (12. Die Redaktion.) aus den Reihen der seinerzeit in den Ausstand getretenen Kollegen wieder Stellung in der Druckerei der Leipziger Volkszeitung finden und bei fernem Bedarfe der Arbeitsnachweise des Leipziger Vereins benutzt wird.
5. Die Buchdrucker-Wacht stellt ihr Erscheinen ein.
6. Das vorhandene Vermögen der Gewerkschaft (etwa 11000 Mk.) wird der Verbandskasse zugeführt. Passiven sind außer den laufenden Druckkosten nicht vorhanden.

Diese Vereinbarungen haben nunmehr die Zustimmung der Bauvorstände gefunden und daraufhin ist die Aufnahme der Gewerkschafter erfolgt. Damit ist der Kampf zwischen Verband und Gewerkschaft zum Abschlusse gekommen und dabei sind alle diejenigen Positionen für uns gewahrt worden, auf die es dem Verbands in prinzipieller Hinsicht ankommen mußte. Die Gewerkschaftsmitglieder geben jeder einzelne eine befriedigende prinzipielle Erklärung schriftlich ab, „die Bestimmungen des Verbandsstatuts gewissenhaft befolgen zu wollen“, sie unterschreiben, daß sie den vereinbarten Tarif und den geschaffenen gewerblichen Zustand anerkennen und den Widerstand dagegen einstellen, sie räumen eine größere Anzahl von Plätzen in der Leipziger Volkszeitung freiwillig und wollen dafür sorgen, daß in Zukunft von der Geschäftsleitung der Leipziger Volkszeitung der Gehilfenarbeitsnachweis benutzt wird, sie liefern ihr Vermögen von 11000 Mk. dem Verbands aus und lassen ihr Organ, die Buchdrucker-Wacht, diese Fundgrube von Geschäftigkeiten für alle Gegner des Verbandes, verschwinden. Wessen der Verband sich von den Gewerkschaftern zu versehen gehabt, wenn die Gewerkschaft reüssiert hätte, darüber dürfen wir wohl alle einer Meinung sein, daraus wollen wir aber im Augenblicke für uns nicht die verfehlte Taktik herleiten, Vergeltung zu üben und Rachegeanken zu nähren. Das wäre das Einzige, was noch übrig geblieben. Aber selbst, wenn wir diese Befriedigung uns noch verschafft hätten, die Organisation könnte darauf nicht stolz sein. Im Organisationsleben dürfen persönliche Leidenschaften nicht eine führende Rolle spielen und wir würden nur in denselben Fehler verfallen, an dem die Gewerkschaft zu Grunde gehen mußte. So lange wir im deutschen Gewerkschaftsleben Hand in Hand mit allen Arbeitern gehen, würden diese es nie verstanden haben, wie der Verband selbst auf Grund einer so demütigenden Erklärung die reinen Sünder von sich weisen konnte, und diese Unbarmherzigkeit würde der Gewerkschaft bei den übrigen Arbeitern einen großen Teil der ihr seit langem verloren gegangenen Sympathien wieder zurückerobern haben und wir hätten nichts für uns geltend machen können als den Standpunkt der Nachsicht. Das wäre für den Verband weder würdig noch klug gewesen. Wenn in der jüngsten Leipziger Versammlung darauf verwiesen wurde, daß gerade diejenigen für die Aufnahme der Gewerkschafter plaidieren, die von ihr am schärfsten behandelt worden sind, so mag man

lieber die persönliche Ueberwindung anerkennen, die alle persönlichen Gefühle im höheren Organisationsinteresse opferte. Heute ist alles noch so neu und frisch, die alten Wunden bluten noch, an den Gewerkschaftern ist es jetzt, zu beweisen, daß sie es ehrlich gemeint haben und daß sie gewillt sind, ihr Wort zu halten, dann wird keines der Bedenken zutreffen, die an die Aufnahme der Gewerkschaft in den Verband geknüpft wurden. Der Verband hat das Seine getan, die ehemaligen Gewerkschafts- und jetzigen Verbandsmitglieder mögen nun das Ihrige tun.

Geschäftsbericht des Tarif-Amtes

an die Mitglieder des Tarif-Ausschusses für das Geschäftsjahr 1901/1902.

Seit Erstattung unsers letzten Jahresberichtes im Juli 1901 haben sich auf tariflichem Gebiete solch wichtige Ereignisse abgespielt, daß wir uns gezwungen sehen würden, auf dieselben hier in ausführlicher Weise zurückzukommen, wenn wir derselben nicht eben schon an anderer Stelle gebührend Erwähnung getan hätten; lag doch zwischen der Beendigung des vorigen Geschäftsjahres und dem Beginne des lekterschlossenen der Wendepunkt für das Aufsteigen oder den Fortbestand der Tarifgemeinschaft im deutschen Buchdruckgewerbe, und ist doch von dem Entschiede der Parteien über diese wichtige Frage die ganze Gestaltung unsers tariflichen Wesens, wie wir es heute besitzen, abhängig gewesen. Es erübrigt sich aber, auf den Gang dieser Ereignisse, auf den Verlauf und die Beschlüsse der Sitzungen des Tarif-Ausschusses hier näher einzugehen, weil es sich dabei nicht um Handlungen des Tarif-Amtes, sondern des Ausschusses dreht und weil jene Ereignisse bereits im geschichtlichen Teile des Kommentars zum Tarife eine ausführliche Schilderung gefunden haben. Sie selbst kennen die Einzelheiten der hinter uns liegenden Tarifbewegung in ihren Details und es kann für Sie deshalb nur von Interesse sein, zu erfahren, welche Fortschritte auf tariflichem Gebiete erreicht sind und welche Erfahrungen innerhalb des verflossenen Geschäftsjahres mit den einzelnen tariflichen Institutionen gesammelt wurden.

Da ist zunächst erfreulicherweise zu berichten, daß sich seit der Herausgabe unsers letzten Verzeichnisses Ende April d. J. die Zahl der tariflichen Firmen um mehr als ein weiteres Hundert vermehrt hat. Zu jeder Zeit werden wir in eine neue Agitation bei den uns noch fernstehenden Prinzipalen und Gehilfen eintreten, wovon wir Sie rechtzeitig benachrichtigen werden, damit Sie Gelegenheit haben, die Parteien Ihres Kreises zu reger Unterstützung unsrer Agitation aufzufordern. Einen diesbezüglichen Agitationsplan werden wir Ihnen demnächst zur Genehmigung vorlegen.

Die Kreis-Kemter, unsre neueste Institution, haben nach Beratung der Lokalaufsätze Ende v. J. in ihrer Mitarbeit eine reservierte Haltung insofern eingenommen, als für sie keine begründete Veranlassung vorlag, im Plenum zu einer Beratung zusammenzutreten. Es hat dies einzelnen Personen Gelegenheit gegeben, bei uns beschwerdebeführend vorstellig zu werden wegen der angeblichen Untätigkeit der einzelnen Kreis-Kemter, wodurch uns Gelegenheit geboten wurde, den eigentlichen Zweck und das Arbeitsgebiet der Kreis-Kemter den Beschwerdeführern von neuem vor Augen zu führen. Nach den erwähnten Beschwerden zu urteilen scheint hier und da die Meinung vorzuherrschen, als wären die Kreis-Kemter verpflichtet, in bestimmten Zeiträumen und öfters zusammenzutreten, ganz gleich, ob eine zwingende Notwendigkeit dafür vorliegt oder nicht. Daß eine solche intensive parlamentarische Tätigkeit den Kreis-Kemtern nicht zugemutet ist, geht aus den Verhandlungen des Tarif-Ausschusses vom September 1901 deutlich hervor, und es ist das Arbeitsfeld für die Kreis-Kemter auch im Kommentare zum Tarife, Seite 143/144, des näheren begrenzt worden. Danach sind die Kreis-Kemter im besondern als Sammelpunkte für alles dasjenige Material gedacht, das zur Bewertung des betreffenden Kreises in tariflicher Beziehung dienen kann und das den Tarif-Ausschuß über Verhältnisse informiert, die kennen zu lernen ihm ohne Hilfe der Kreis-Kemter nicht möglich ist. Die Erledigung dieser und anderer, den Kreis-Kemtern etwa noch zuzuwenden Aufgaben wird aber auf schriftlichem Wege möglich sein und die Vorstehenden der Kreis-Kemter sind deshalb berechtigt, ungenügend begründete Anträge auf Zusammentritt eines Kreis-Amtes abzulehnen. Ganz abgesehen davon, daß die Kreis-Kemter nicht dazu berufen sind, sich mit zwecklosen tariflichen Debatten und Wünschen zu befassen, sind auch die Kosten im Auge zu behalten, die mit dem Zusammenritte der oft sehr ausgebreiteten Kreis-Kemter verbunden sind; da diese Kosten von beiden Parteien der Tarifkreise aufzubringen sind, so wird dieser Umstand wohl allein zu einer weisen Beschränkung der Kreis-Amtes-Sitzungen führen. Wir wünschen keineswegs, daß die Funktionen der Kreis-Kemter an dem Kostenpunkte Schiffbruch leiden sollen, aber wir ersuchen auch andererseits die Herren Kreisvertreter mit uns bestrebt zu sein, die Kosten für die Wirksamkeit der Tariforganisation im Interesse der tariftreuen Parteien auf das äußerste Maß zu beschränken.

Gegen die Kreis-Kemter ist vereinigt auch in Gewerkschaften plaidiert worden, jedoch ohne daß wir Gelegenheit gehabt hätten, die Begründungen für eine solche Stellungnahme zu erfahren; sollte Ihnen eine Erklärung hierfür gegeben worden sein, so würde es uns interessieren, dieselbe kennen zu lernen. Wir sind jetzt noch nicht in der Lage, ein abschließendes Urteil über den Wert oder die Zwecklosigkeit der Kreis-Kemter abgeben zu können; eines ist doch wohl gewiß: die Kreis-Kemter können unmöglich als schädliche Institutionen im tariflichen Sinne bezeichnet werden. Ob sie der Tariffrage nützlicher umgestaltet werden können und sollen, ist eine Frage der Zukunft, zu deren Beantwortung uns heute die Erfahrungen fehlen, die sich erst aus der Zusammenarbeit des Tarif-Amtes mit den Kreis-Kemtern im Laufe der Jahre ergeben werden. Da wir aber wohl das Vertrauen der Parteien besitzen, wissenschaftlich nichts zu übersehen, was die Tariffrage fördern könnte, so ist es jedenfalls zweckmäßig, das Urteil über die Kreis-Kemter für eine spätere Zeit zurückzulassen.

Nächst liegt es mit den paritätischen Tarif-Arbeitsnachweisen. Auch hier ist ein völliger Abschluß in der Errichtung und dem Ausbau derselben noch nicht zu verzeichnen; denn wenn auch die Zahl der Druckorte mit Arbeitsnachweisen gegen früher nur um vier Orte im Rückstande geblieben ist, so ist doch auch nicht zu verschweigen, daß es noch nicht gelungen ist, an einigen Orten die Schwierigkeiten, die der Umwandlung der bisherigen Organisations-Arbeitsnachweise in einen paritätischen in den Weg gestellt sind, zu beseitigen. Sie werden unter unseren Nachweisen vor allem einen solchen in Leipzig und Hamburg vermissen; hier sind die bestehenden Innungen statutarisch zur Haltung eines Arbeitsnachweises verpflichtet und es haben sich namentlich deshalb Komplikationen mit der Gehilfenschaft ergeben, weil die Innungen glauben, darauf bestehen zu müssen, den paritätischen Nachweis zugleich als Innungsnachweis zu bezeichnen und denselben in eigener Verwaltung oder in den Innungsbüros weiter zu führen. Es ist nicht zu bestreiten, daß die einer Verständigung im Wege stehenden Formalitäten mittlerweile mehr gemildert worden sind; leider sind wir dabei nicht einen Schritt weiter vorwärts gekommen. Wir haben die Verhandlungen mit den beiden Orten sowie die Errichtung weiterer Arbeitsnachweise in den letzten Tagen von neuem wieder aufgenommen und setzen das Vertrauen in die Parteien, daß es binnen kurzem unter Beachtung der vom Tarif-Ausschuß im Februar 1902 aufgestellten Grundzüge zu einer Einigung kommen wird.

Ueber die bestehenden Arbeitsnachweise haben wir Ihnen folgendes zu berichten. Zunächst liegt von fast sämtlichen Verwaltungen die Klage vor, daß die Arbeitsnachweise von den tariftreuen Firmen nicht genügend benutzt würden und daß die Gehilfen sich nicht so, wie es im Interesse einer geregelten Verwaltung liegt, an das Reglement der Arbeitsnachweise halten. Es sind dies Klagen, die nicht erst bei den paritätischen Arbeitsnachweisen neu in die Erscheinung getreten sind, sondern es handelt sich dabei um Tatsachen, die bei den früheren Organisations-Arbeitsnachweisen in demselben Umfange, oder noch schlimmer, zu konstatieren waren. Wir haben gegenüber dieser Klageführung auf jene Tatsachen verweisen müssen, allerdings ohne daß wir den Klagen ihre volle Berechtigung absprechen konnten. Es veranlaßt uns dies aber, das Thema der Arbeitsnachweise auch Ihnen gegenüber in unserm heutigen Geschäftsberichte etwas ausführlicher zu behandeln; gleichzeitig um Sie anzuregen, auch Ihre Erfahrungen auf diesem Gebiete uns zu wissen zu tun.

Die Errichtung paritätischer Arbeitsnachweise ist in zahlreichen anderen Gewerben an dem Widerstande der Arbeitgeber, der Innungen oder der Arbeitgeber-Verbände gescheitert, und wir wissen, daß dort, wo die Errichtung solcher Arbeitsnachweise wirklich gelungen ist, fortwährend und oft schwere wirtschaftliche Kämpfe um den Bestand des Erreichten geführt werden müssen; eine volle Befriedigung ist wohl nirgends erreicht worden. Bei uns hat sich die Umwandlung in paritätische Arbeitsnachweise eigentlich in dem Verhandlungsrahmen des Tarif-Ausschusses vollzogen, und wie nicht anders zu erwarten, haben die beiden berufenen Organisationen, die sich als Träger der Tarifgemeinschaft bezeichnen, diesem Beschlusse des Tarif-Ausschusses ohne weiteres Folge gegeben, soweit nicht eben, wie vorstehend schon bemerkt, gesetzliche Verpflichtungen die Anwendung dieses Beschlusses verzögerten; irgendwelche nennenswerten Differenzen sind wegen dieser Auflösung der Organisations-Arbeitsnachweise und Umwandlung derselben in paritätische weder zwischen den Organisationen einerseits noch zwischen uns und den Organisationen anderseits entstanden. Daß nun mit der Parität der Nachweise nicht gleichzeitig eine Beseitigung aller, den früheren Arbeitsnachweisen und überhaupt der gesamten bestehenden Arbeitsvermittlung anhängenden Schwächen und Uebels zu erzielen war und ist, sollte einer besondern Versicherung eigentlich nicht bedürfen. Daß aber viele Klagen — nicht nur der Verwalter — sich in dieser Richtung bewegt haben, hielten wir uns für verpflichtet Ihnen mitzuteilen. Wir vertreten auch hierin den Standpunkt, daß es uns unter gemeinsamer Arbeit mit Ihnen gelingen wird, nach und nach ein größeres Interesse für unsere Arbeitsnachweise bei den Parteien zu erwecken.

Um dies zu erreichen, ersuchen wir Sie, im kollegialen Verkehr mit den Parteien für eine größere Benützung der Arbeitsnachweise zu wirken; denn wenn auch niemand

gezwungen ist, sich des Arbeitsnachweises unbeding-
t zu bedienen, so erfordert es doch schon das Gefühl der Zu-
sammengehörigkeit der in der Tarifgemeinschaft vereinigten
Prinzipale und Gehilfen, sich möglichst ausschließlich auf
den Arbeitsnachweis für verpflichtet zu halten. Die Arbeits-
nachweise sind durch die befehlende Vorschrift, daß nur
Gehilfen, die aus tariftreuen Druckereien kommen, einge-
tragen und daß nur an tariftreue Firmen Gehilfen ver-
mittelt werden dürfen, ein ganz wesentliches Mittel zur
Verallgemeinerung des Tarifes, dessen Förderung sich jede
tariftreue Firma schon im eignen Interesse angelegen sein
lassen müßte. Auf diese Tatsache zu verweisen, wollen
wir keine Gelegenheit unbenutzt vorbeigehen lassen.

Daß die Benutzung der Arbeitsnachweise seitens der
Firmen nicht in erwünschtem Maße erfolgt, darüber ist
begrifflicher Weise namentlich seitens der Arbeitslosen Klage
geführt worden, und wir haben festgestellt können, daß
tatsächlich an einzelnen Orten mit Arbeitsnachweisen nur
ein Drittel des Bedarfs an Arbeitskräften bei diesen ge-
deckt wurde. Wir können auch hiergegen nur einwenden,
daß dies früher nicht anders gehandhabt wurde und daß
es wohl kaum später gelingen wird, eine ausschließliche
Vermittlung durch die Arbeitsnachweise zu erzwingen,
weil nach der bisher in unserm Gewerbe bestehenden Ge-
pflogenheit hierin eine Härte von beiden Parteien empfunden
werden würde; denn so lieb wie es dem Gehilfen ist, bei
besserer Geschäftslage wieder an seine untern verlassene
Arbeitsstätte zurückkehren zu können, so sehr verständlich
ist es andererseits, wenn der Prinzipal die bereits früher
beschäftigten und sich als brauchbar erwiesenen Gehilfen
auf direktem Wege wieder zu erlangen sucht. Auf diesem
erklärlichen, gemeinsamen Interesse beruht vor allem die
nicht genügende Benutzung unserer Arbeitsnachweise und
wir befürchten, daß es uns und auch Ihnen nicht ge-
lingen wird, für eine Aenderung dieses altbestehenden
Verhältnisses das Einverständnis beider Parteien im Ge-
werbe zu finden. Es ist aber in der Gegenwart nicht zu
übersehen, daß unsere Nachweise in einer Zeit des schlec-
testen Geschäftsganges ihre Tätigkeit begonnen haben und
daß ihre Wirksamkeit begrifflicher Weise unter der allge-
meinen Beschäftigungslosigkeit in unserm Gewerbe zu-
leiden hat. (Einer vom Tarif-Amt gemachten Zusammen-
stellung aus den Wochenberichten der Arbeitsnachweise,
umfassend die Zeit von Januar bis September* entnehmen
wir, daß in 34 Arbeitsnachweisen 3201 Gehilfen — 2748
Seiger und 453 Drucker — während genannten Zeitraumes
vermittelt wurden. Nach dem Durchschnitt der Meldungen
waren arbeitslos pro Monat rund 1138 Seiger und 257
Drucker.)

Schließlich drängt es uns, Ihnen noch davon Kennt-
nis zu geben, daß uns nach einer Aufmunterung zur
Benutzung der Arbeitsnachweise von mehreren Firmen
erwidert wurde, daß die vom Arbeitsnachweise vermittelten
Arbeitskräfte vielfach nicht zu gebrauchen wären. Der
Verallgemeinerung eines solchen Ausdrucks müssen wir
bestimmt entgegenreten, aber wir sind auch verpflichtet,
auf Grund der Mitteilungen einzelner Verwalter unserer
Nachweise zuzugeben, daß vereinzelt aus den Nachweisen
Gehilfen zur Eintragung kommen, die aus den verschie-
densten Gründen nur vorübergehend Beschäftigung finden
können. Es erübrigt sich wohl, Ihnen gegenüber diese
Gründe hier einzeln aufzuführen, aber wir halten uns
verpflichtet zu erklären, daß für die Verwaltung eines
jeden Arbeitsnachweises die unbedingte Pflicht besteht, Sie,
als die Vorstehenden der Kreis-Kommission, von solchen be-
rechtigten Beanstandungen zugewiesener Arbeitslosen in
Kenntnis zu setzen und Verhaftungsmaßnahmen von Ihnen
zu beantragen wie solche zum Schutze unserer Arbeits-
nachweise und der Mehrheit unserer Arbeitslosen geboten
sind. Gehilfen, die ihren Verpflichtungen aus dem tarif-
lichen Arbeitsvertrage nicht nachkommen wollen, sind von
der Benutzung der Nachweise auszuschließen.)

Auch halten wir uns für verpflichtet, wiederholt zu
betonen, daß die in einem Fachorgane gegen die Arbeits-
nachweise hinsichtlich ihrer Parität erhobenen Vorwürfe
jeder Berechtigung entbehren und uns durch nichts be-
weisen worden sind.

Erfreulich können wir über die Schiedsgerichte
berichten; denn während bei dem Abschlusse unser
vorigen Tarifperiode 21 Schiedsgerichte etabliert waren,
ist deren Zahl heute bis auf 36 gestiegen. Wenn wir
nun auch dafür nicht plaidieren wollen, daß sich deren
Zahl noch ins Ungemessene ausdehnen möchte, so erfinden
wir Sie doch, in Ihren Kreisen an passenden Orten noch
für Errichtung von Schiedsgerichten bestrebt zu sein,
damit die Befugung der Kreis-Kommission womöglich noch eine
vollkommenere werde. Ueber die Wirksamkeit der Schieds-
gerichte haben wir im Kommentar zum Tarife, Seite 146,
eingehend berichtet und wir übergehen deshalb die Tätig-
keit derselben während des kurzen Abschnittes, der zwischen
Herausgabe des Kommentars und heute liegt. Jedenfalls
verdienen die Mitglieder der Schiedsgerichte sowohl wie
die Verwalter der Arbeitsnachweise für ihre geleistete
tarifliche Mitarbeit unsern aufrichtigen Dank.

Die zweite Herausgabe des Kommentars zum
Tarife hat der politischen und auch der gewerkschaftlichen
Presse von neuem Gelegenheit zur Besprechung der Tarif-
gemeinschaft im Buchdruckgewerbe gegeben; soweit uns
solche Besprechungen zugegangen sind, sprechen sich die-
selben in freundschaftlichem Sinne sowohl über die Tarif-
gemeinschaft als über den Kommentar zum Tarife aus.
Auch unsere Fachpresse hat nicht ermangelt, den Berufs-
angehörigen die Anschaffung des Kommentars aufs
dringendste zu empfehlen. Interessieren wird es Sie,

beiseitengeachtet erfahren zu müssen, daß bisher erst 5000
Exemplare abgesetzt sind, also erst der kleinste Teil der
tariftreuen Buchdrucker sich in dem Besitze eines Kom-
mentars befindet, daß also jener Kreis, für welchen der
Kommentar im besondern geschrieben, demselben die ver-
diente Beachtung noch nicht geschenkt hat. Wir sind der
Meinung, daß der Preis des Kommentars jedem Ein-
zelnen die Anschaffung desselben gestattet und daß sich
das Studium desselben im Interesse der Tarifdurchführung
und zur Vermeidung des Streitigkeiten über die Anwen-
dung des Tarifes sowohl für Prinzipale wie für Ge-
hilfen dringend empfehlen dürfte. Wir bitten Sie des-
halb, zu gelegener Zeit in Ihrem Kreise für die weitere
Verbreitung des Kommentars wirken zu wollen.

Unsre Eingabe an die Behörden wegen Ver-
gebung amtlicher Druckerarbeiten nur an tariftreue Firmen
ist im verfloßenen Geschäftsjahre in nahezu 300 Exem-
plaren von uns durch die Petenten verlangt worden; bei
einzelnen Behörden ist damit allerdings das angestrebte
Ziel erreicht worden, im allgemeinen aber entspricht das
Erreichte der aufgewendeten Mühe und den damit ver-
bundenen Kosten nicht; beiseitengeachtet darf auch in
dieser Agitationsarbeit nicht nachgelassen werden. Die von
uns an die Reichsbehörden gerichtete gleiche Petition hat
vorab eine Verantwortung nicht gefunden.

Im April d. J. wurden wir bei sämtlichen Ministe-
rien der Bundesstaaten vorstellend wegen Verbilligung
der Eisenbahnfahrten für solche arbeitslose Buch-
drucker, denen durch unsere Nachweise auswärtige Stellung
nachgewiesen wurde. Zu den bis jetzt vorliegenden Ant-
worten machen die bayerischen, württembergischen und
bairischen Ministerien darauf aufmerksam, daß im Be-
reiche ihrer Staatsbahnen diejenigen Arbeitslosen die
Fahrt III. Klasse auf die Hälfte verbilligt wird, denen
durch Vermittlung der von Gemeindebehörden errichteten
Arbeitsämter auswärtig eine Stelle nachgewiesen ist. Die
in diesen Staaten nach auswärtig in Stellung gehenden
arbeitslosen Buchdrucker werden deshalb gut tun, sich bei
den betreffenden Arbeitsämtern um die Genehmigung einer
verbilligten Eisenbahnfahrt zu bewerben; nach der somit
für alle Arbeitslosen geschaffenen Vergünstigung kann auf
eine besondere Berücksichtigung unserer Arbeitsnachweise in
jenen Staaten nicht gerechnet werden. Einige andere
Ministerien haben eine wohlwollende Erwägung versprochen,
wenn unsern Anträge seitens der preussischen Bahnen
Rechnung getragen werden würde.

Unsre Petition an den Bundesrat auf gesetzliche
Einführung unserer tariflichen Lehrlingskafala hat das
Reichsamt des Innern veranlaßt, die Angelegenheit zu-
nächst den Handwerkskammern zur Begutachtung zu über-
weisen; gleichzeitig wurden dieselben verpflichtet, Er-
hebungen bei den beiderseitigen Interessenten im Buch-
druckgewerbe über die Berechtigung unserer Petition an-
zustellen. Bei den Anschauungen, die in der Behandlung
der Lehrlingsfrage im allgemeinen bei den Handwerks-
kammern sich geltend gemacht haben, ist auf eine beson-
ders günstige Beurteilung unserer Petition an diesen
Stellen nicht zu rechnen, wenn auch nebenher konstatiert
werden darf, daß im Gegensaße hierzu einige namhafte
Handwerkskammern sich für unsere Bestrebungen und die
Petition ausgesprochen haben. In einzelnen Tarifkreisen
haben sich auch Tarifgegner, die in Bezug auf Lehrlings-
züchterei sich des besten Ansehens erfreuen, bemüht ge-
funden, gegen unser Vorhaben Lärm zu schlagen und sind
dieselben mit ihren Gegenfundgebungen sowohl an die
Handwerkskammern als auch an den Bundesrat ge-
gangen. Soweit uns solche Proteste bekannt geworden
sind, haben wir Gelegenheit genommen, den betreffenden
Behörden eine Widerlegung der aufgestellten Behauptungen
unserer Gegner zukommen zu lassen.

Wie sehr sich eine gesetzliche Regelung unserer Lehr-
lingszahl als notwendig erweist, haben wir in den letzten
Tagen von neuem bestätigt gefunden, indem wir auf Ver-
langen einer Handwerkskammer Erhebungen nach Lehr-
lingszüchtereien anstellten und das beglaubigte Material
als Beweismittel zusammenstellten. Diese Erhebung er-
streckte sich nur auf eine Provinz und einen Regierungs-
bezirk eines Tarifkreises, der in tariflicher Beziehung die
besten Verhältnisse aufweist; Material ging ein von
48 Orten mit 76 Firmen; dieselben beschäftigten im
Jahresdurchschnitte neben 290 Gehilfen 360 Lehrlinge;
trotzdem geht aus mehreren Begleitschreiben hervor, daß
vor 1896 die Verhältnisse in den einzelnen Orten noch
weit ungünstiger gelegen haben. Auf jeden Fall bleibt
nach dieser Richtung hin in allen Kreisen noch ein gut
Stück Arbeit zu verrichten.

In den nächsten Monaten werden wir eine möglichst
umfassende Berufsstatistik aufnehmen, wovon wir Sie
schon heute in Kenntnis setzen wollen, damit Sie Ge-
legenheit haben, die Mitglieder der Tarifgemeinschaft
Ihres Kreises hiervon zu unterrichten und zur regen Be-
tätigung aufzufordern.

Einen Nachtrag zum Verzeichnisse der tarif-
treuen Buchdruckereien vom 30. April lassen wir in-
liegend folgen; über etwaige weitere Veränderungen in
den Firmenverzeichnisse Ihres Kreises wollen Sie uns ge-
fälligst stets auf dem Laufenden erhalten.

Unser Rechnungsabschluss für das Geschäftsjahr
1901/1902 liegt bei; nach demselben steht einer Einnahme
von 13763,55 Mk. eine Ausgabe von 9959,85 Mk.
gegenüber, so daß uns ein Kasienbestand von 3803,70
Mk. verbleiben ist. Wir werden deshalb für das
laufende Geschäftsjahr von Ihnen einen gegen früher ge-
ringeren Beitrag zu den Kosten des Tarif-Amtes erheben,

was Ihnen bei den jetzt vergrößerten Kreisausgaben ge-
wiß sehr willkommen sein wird; nähere Mitteilungen über
die Höhe der einzelnen Kreisbeiträge erhalten Sie in den
nächsten Tagen.

Aus dem Tarif-Ausschusse ausgeschieden sind
turnusgemäß die beiderseitigen Vertreter des VI., VII.
und IX. Kreises; die Wahlen sind vollzogen im VI.
unter Wiederwahl der bisherigen Vertreter; im VII. Kreise
ist auf Gehilfen Seite und im IX. Kreise auf Prinzipal-
Seite die Wahl beendet; nach den bis jetzt vorliegenden
Wahlergebnissen ist von den bisherigen Vertretern nur
das Gehilfenmitglied Herr Conrad Eichler aus dem
VII. Kreise zurückgetreten, dem wir für seine mehrjährige
und fleißige Mitarbeit im Tarif-Ausschusse auch an dieser
Stelle Dank sagen wollen.

Nachdem wir im Laufe des Geschäftsjahres durch
unsere Rundschreiben mit Ihnen in allen tariflichen
Sachen stets auf dem Laufenden geblieben sind, war uns
für unsern Geschäftsbericht nur vorbehalten, einige pro-
grammatische Fragen zu behandeln und Sie über unsere
Stellungnahme zu denselben zu unterrichten. Wir sind
der Ansicht, daß die zweckmäßige Mitarbeit der einzelnen
tariflichen Institutionen ein sehr erstrebenswertes Ziel ist
und daß wir bemüht sein müssen, die auf diesem Gebiete ge-
wonnenen Erfahrungen zum Nutzen der einzelnen Insti-
tutionen und damit der gesamten Tariffrage in die Praxis
umzusetzen, selbstverständlich ohne damit über den Rahmen
der Beschlüsse des Tarif-Ausschusses hinauszugehen.
Goffen wir, daß es unsern gemeinsamen Arbeit gelingen
wird, unsere Tariforganisation weiter zu kräftigen und
auszudehnen, im Interesse des Einzelnen und der Ge-
samtheit der Berufsangehörigen. Dazu lassen Sie uns
alle unsere Kräfte zusammenfassen, wie wir wohl auch er-
warten dürfen, in unserm Vorhaben eine verständige
Unterstützung bei den Parteien zu finden. Der Lohn
wird sicher der Mühe wert sein!

Berlin, im Oktober 1902.

Og. W. Bürgenstein, A. H. Giesecke,
Prinzipalvorsitzender. Gehilfenvorsitzender.
Paul Schliebs, Geschäftsführer.

Korrespondenzen.

Berlin.

(Aus der Vereinsversammlung am 22.
Oktober.) Auf die lebhafte Beteiligung der
Tarifarbeitsnachweise durch das Tarif-Amt wurde mit dem
Bemerkten hingewiesen, daß überall die Geschäftsbevoll-
mächtigten darauf aufmerksam gemacht werden möchten,
bei Bedarf an Arbeitskräften sich diese durch den Nach-
weis vermitteln zu lassen und dadurch die private Ver-
mittlung möglichst einzuschränken, gegen welche wir leider
feinereis tarifliche Zwangsmaßnahmen zur Verfügung haben.
Auch durch Infektion, sowohl von Kollegen Seite wie von
tariftreuen Prinzipalen, werde der Wirksamkeit der Nach-
weise, wie man sie bei ihrer Begründung sich vorgestellt
habe, Abbruch getan und dazu noch eine Menge Geld
vergeudet. So seien z. B. in einer der letzten Nummern
des Klinischen Anzeigers 334 Arbeitsangebote (258 Seiger
und 76 Drucker) verzeichnet gewesen gegenüber einer Nach-
frage von 54 Seigern und 15 Druckern, allerdings in der
Mehrzahl Marke N.-B. Auch zwei große Berliner Firmen,
Volkszeitungs-Druckerei und Taake, suchten auf diesem
Wege Maschinenmeister. Bei dieser Gelegenheit wurde die
äußerst ungünstige Geschäftslage hier selbst erwähnt und die
Maßnahmen des Gewerkschafts-Vorstandes erklärt, welche jedem Zu-
reisenden den Bezug der Verbands-Unterstützung in Berlin
verweigert, der nicht statutenmäßig die vor der Jurei zu er-
folgende Auskunft über die zurzeit bestehende Geschäfts-
lage am Orte nachgefragt hat. Es wurde an die Verbands-
funktionäre das Eruchen gerichtet, jeden Reisenden auf
diese Bestimmung aufmerksam zu machen und ein gleiches
gegenüber den Kollegen zu tun, welche sich an der Seh-
maschine ausbilden wollen. Auch auf diesem Gebiete
sind so überaus zahlreiche überflüssige Arbeitskräfte vor-
handen, daß jedes Opfer, welches die Auszubildenden sich
auferlegen, wenn sie die Berliner Sebmachenschulen
aufsuchen, namentlich wo jede Entschädigung in der
„Typograph“-Schule aufgehört hat und bei den teuren
Berliner Lebensverhältnissen unnütz ist; es ist aus-
geschlossen, daß sie in kurzer Frist Arbeit nachgewiesen erhalten,
vielmehr tragen solche Kollegen nur dazu bei, das sowie ja
schon äußerst hohe Arbeitslosheser zu vermindern, während
andernorts vielfach Arbeitsgelegenheit geboten ist. — Es
wurden die Bedingungen der Einigung mit der Gewerkschaft
bekanntgegeben, welche an anderer Stelle im Corr. verzeichnet
sind. Die Wahlen der Beisitzer für den Zentralvorstand haben
nach wehrmaligen Stichwahlen die Nominierung der
Kollegen Berg (Drucker), Meyer, Russial und Winkel-
mann ergeben. — Den wichtigsten Teil der Verhand-
lungen füllte ein Vortrag des Kollegen Massini über den
Verlauf der Verhandlungen des dritten Verbandstages
deutscher Arbeitsnachweise aus. In großen Zügen schilderte
er die gepflogene Diskussion und die in derselben gemachten
Vorschläge der einzelnen Referenten. Wenn auch alles
in allem von jedem einzelnen derselben ein Verständnis
für die Schäden in unserm Erwerbsleben gezeigt wurde,
so seien doch ihre Vorschläge zur Beseitigung derselben
zu sehr theoretischer Natur gewesen. Es sei anzuerkennen,
daß der Verband der Arbeitsnachweise, der alle kommunalen
und einige private umfaßt, sein Bestreben dahin richtet, durch
die Zentralisation dieser Institute, die schnellste Arbeitsver-
mittlung, die Herabsetzung des Fahrgeldes auf der Eisenbahn
bei Arbeitsvermittlungen, die Gewährung eines Zehrgeldes

bei solchen Gelegenheiten durch Staatshilfe zu erreichen, er damit aber wohl recht unpassendere Wege für die Praxis weist. Denn es liegt doch ziemlich nahe, daß selbst dann, wenn der Staat alle diese Wünsche in Erfüllung bringen will, er doch immer erst die Verhältnisse des Erwerbslebens schaffen muß, welche Vorbereitung für solche Einrichtungen seien. Es würden die Nachweise eine Zuchttrute werden, wenn nicht innerhalb der Gewerbe grundsätzliche Normativbestimmungen vorhanden seien, welche den Lohnsatz, die Arbeitszeit usw. regeln. Denn wie sollte eine erprießliche Tätigkeit oder überhaupt ein Einfluß dieser Institute auf die Verhältnisse des heutigen Arbeitsmarktes sich zeigen, wenn einmal jeder Arbeitnehmer eine ihm vermittelte Arbeitsgelegenheit zu jedem Preise anzunehmen gezwungen sei, was er doch bei den gegebenen Verhältnissen mühte, und andererseits der Arbeitgeber jede beliebige Entlohnung anbieten bzw. sein Verlangen nach einer Arbeitskraft von solcher abhängig machen könnte. Hier sei der einzige Weg zur Lösung der ganzen Frage: das Streben und die Arbeit der Gewerkschaften, Tarife zu schaffen, welche solchen Arbeitsnachweisen eine Unterlage geben, die nach den Grundsätzen der Parität arbeiten. Und gegen diese Parität gerade stemmen sich die Großunternehmer und darum kann auch die jetzt beliebte Form des Verbandes der Arbeitsnachweise und seine Betätigungsfarm für die Zukunft wenig Hoffnungsvolles zeigen, weil sie von einer Parität nichts an sich hat. Die Parität, die wir erstreben, kann nur sein, daß jeder Nachweis jedem tariflosen Unternehmer zu allen Zeiten zwecks Vermittlung zur Verfügung stehen muß. Das aber auch kein Arbeitnehmer durch Verwaltungsmaßnahmen benachteiligt oder gar bestraft werden darf, wenn er freiwillig auf irgend eine angebotene Arbeitsvermittlung verzichtet, d. h. wenn er zum Beispiele solches aus dem Grunde tut, daß eine Arbeitsniederlegung Balancen veranlaßt hat. Mit der Mitteilung, daß eine Nachfrage nach Arbeitskräften durch einen Streik veranlaßt sei, und jedem einzelnen der Beschäftigungsantritt offen stünde, sei das Notwendige für die Verwaltung eines paritätischen Nachweises beendet, wie wir ihn erstreben und wie er wohl auch sich in unserm Berufe im Laufe der Zeit herausbilden wird. — Neben verbreitete sich dann noch über den Tagesordnungspunkt, der die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit auf dem Kongresse behandelte. Hier wies er auf das Unzweckmäßige einmal eines Vorschlages hin, der eine staatlich subventionierte Versicherung im Anschluß an die Krankenversicherung verlangte und einen solchen, der einen solchen an die Berufsgenossenschaftsorganisation wünschte. Auch einen Vorschlag Dr. Freundts hielt er wenig hoffnungsvoll, der eine Institution geschaffen wissen wollte, die ähnlich der Einrichtung unserer Prinzipalstafel ist, d. h. wo Gehilfen und Prinzipale entsprechende Beiträge zahlen, um den Bezug einer Unterstützung zu ermöglichen. Aber auch hier könne ein Argument über Zweck- oder Unzweckmäßigkeit keinen Zweifel heben, indem grundsätzlich solche Beitragsleistungsform keine Gewähr bieten kann, daß einem zahlenden Mitgliede die bestimmte Sicherheit für eine Unterstützung nach einer Reihe von Jahren garantiert werden kann, weil der Beitragszwang, gegenüber den Unternehmern angewendet, doch illusorisch ist und doch aber unbedingt angewendet werden müßte. Weil solches nicht vorhanden und dem regelmäßigen Zahler sich schließlich, wenn er einmal in eine Zwangslage kommt, sich vielleicht nur leere Kasien zeigen würden, sei eine solche Form der Unterstützung völlig zwecklos. Es ließ der Redner seine Ausführungen dahin anknüpfen, daß einzig allein die deutschen Gewerkschaften der Faktor sei, der das Problem der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit lösen kann, und daß diese bei dem allgemeinen wirtschaftlichen Niederkünste, wo sie bereits Millionen für diese Zwecke der Arbeitslosen-Unterstützung ausgegeben haben, wohl berechtigt seien, um Unterstützung durch den Staat nachzugehen, in der Form, wie sie auf dem Gewerkschaftskongresse zum Ausdruck gekommen ist. — Unter Personalveränderungen wurde Mitteilung davon gemacht, daß die Kollegen Schulze-Crimmichau und W. Schuppe nicht als ausgeschlossen zu gelten haben, da sie irrtümlicherweise als arbeitend in der gesperrten Borchardtschen Druckerei gemeldet worden waren. Ausgetreten sind die Seher Paul Banke und H. O. Otto Müller (letzterer mit Resten). Ausgeschlossen nach § 5b des Statuts wurde der Seher Fritz Brucke. Wegen Resten ausgeschlossen wurden die Seher Max Aders, Paul Barth, Otto Böhm, Otto Deutsch, Emil Junf, Georg Heinze, Karl Kirche, Georg Münchow, Karl Neumann-Nixdorf, Franz Nowak, Reinhold Pfeiffer, Otto Piel, Johannes v. Rosben, Richard Senje, Albin Schibinski, Fritz Schabusat, Otto Voigt, Alfred Weber, Heinrich Weidlich, Albert Weidner, Felix Wiemann, Theodor Hiller; die Drucker: Albert Bischoff, Ernst Krause, Hermann Neumann, Otto Robert, Wilhelm Paede, Richard Wiebranz; der Gießer Georg Dümbe; der Galvanoplastiker Georg Bolleschad; der Maschinenfeger Richard Senje und der Prinzipal Moses Weinberg. Durch den Tod verloren wir die Kollegen Otto Schulz und Rich. Dehnte.

-p. Posen. Für den 19. Oktober war von dem hiesigen Ortsvorstande eine Bezirksversammlung zwecks Gründung einer Bezirkskassette und eventueller Beratung des Statuts derselben einberufen. Der Vorsitzende Wagner eröffnete die Versammlung mit einer kurzen Begrüßung an die Erschienenen. Die Feststellung der Präsenzliste ergab, daß Kollegen erschienen waren aus Birnbaum, Bojanowo, Gnesen, Kosten, Meseritz, Rawitz,

Schrimm und Posen. Die Mitglieder aus Bentzen, Blesen und Kempen hatten schriftlich ihre Zustimmung zur Gründung der Kasse erklärt, aus Welslau, Ostrowo und Samter je eine Antwort. Den Antrag des Posener Ortsvorstandes, Gründung einer Bezirkskassette, begründete der Vorsitzende Wagner in kurzen Zügen und betonte, daß mit der Gründung einem alleseitig gehegten Wunsche entsprochen werden soll. Durch Einführung des Tarifes in Posen habe der hiesige Ortsverein den hier bestehenden Buchdruckeranstalt auflösen können, da die errichteten Tariffinstitutionen einen Ersatz hierfür bieten. Durch diese Auflösung sei der Verein finanziell entlastet und habe nun die Mittel zur Gründung einer Bezirkskassette zur Verfügung. Er ersuchte es jetzt für angebracht, eine Bezirkskassette zu gründen, und bitte um Annahme des Antrages. Alle folgenden Redner sprachen sich mit Freuden für die Annahme dieses Antrages aus und wurde derselbe einstimmig angenommen. Hierauf entspann sich eine längere Debatte über die Höhe des Beitrages. Kar-molin (Gnesen) beantragte, den Beitrag auf 10 Pf. pro Woche festzusetzen und führte aus, daß die Bezirkskassette an Kollegen, die sich in Notlage befinden, Unterstützung zahlen soll. Friedrichs-Bojanowo beantragte 5 Pf. Beitrag und möchte den Posener Ortsvorstand beauftragen wissen, das Statut anzuarbeiten. Slawek-Kosten war ebenfalls für 5 Pf. Beitrag. Wagner war gegen jede Unterstützung aus der Bezirkskassette und betonte, daß die Einnahmen nur zur Bestreitung der Unkosten der Bezirkskassette und der Agitation dienen sollen. Der Antrag 5 Pf. Beitrag pro Mitglied und Woche wurde mit überwiegender Mehrheit angenommen. (Der Beitrag der Bezirksmitglieder erhöht sich von 1,25 Mk. auf 1,30 Mk.) Als Bezirksvorstand fungiert der jetzmalige Vorstand des Ortsvereins Posen. Slawek-Kosten beantragte, einen Kollegen aus der Provinz als Beisitzer in den Vorstand zu wählen. Lieberowski und Wagner sprachen dagegen, wenigstens soll das noch im ersten Jahre unterbleiben. Der Antrag wurde fallen gelassen. Klosset war dafür, daß Provinzkollegen bei Versammlungen in der Provinz als Kasserevisoren zugezogen werden. Es äußerten sich noch einige Redner dem Vorstehenden zustimmend und es wurde demgemäß beschloffen. Der Vorsitzende fragte an, ob die Kasse mit richtiger Kraft vom 1. Oktober dieses Jahres oder vom 1. Januar kommenden Jahres ab ins Leben treten soll. Der 1. Oktober wurde als Gründungstag angenommen; es sind deshalb die seit 1. Oktober fälligen Beiträge noch nachzuzahlen. Nach längerer, lebhafter Debatte, an der sich eine ganze Reihe Redner beteiligten, wurde beschloffen, jährlich zwei Bezirksversammlungen abzuhalten. Der jetzmalige Bezirkstag wählt den Versammlungsort. Die nächste Versammlung findet kommenden Frühjahr in Posen statt. Die geäußerte Ansicht, Delegierte zu den Bezirkstagen zu wählen, wurde verworfen; jedes anwesende Mitglied soll stimmberechtigt sein. Mit der Ausarbeitung des Statuts wurde der Vorstand betraut. Der Vorsitzende schloß mit einem Appell an die Mitglieder zu weitem einmütigen Zusammenhalten und einem Hoch auf den Verband die Versammlung.

Buchdruckerei.

Aus Christiania geht uns die Meldung zu, daß der Streit als unabwendbar erscheine. Prinzipale seien nach Deutschland abgereist, wahrscheinlich um Streikbrecher anzuwerben. Offenlich kehren die Werber ohne Erfolg in ihre Heimat zurück und einigen sich mit ihren Gehilfen.

Die Firma B. Dünhaupt in Rötten weigerte sich, Beiträge an die Handwerkskammer zu zahlen, weil ihr Betrieb kein Handwerks-, sondern ein Fabrikbetrieb sei. Der Magistrat stellte sich auf Seite der Handwerkskammer, dagegen entschied die Regierung zu Gunsten der Firma und zwar aus folgenden Gründen: „Es ist nicht zulässig, die Betriebe des Druckereigewerbes von vornherein als handwerksmäßige deshalb anzusehen, weil in ihnen die einer tätigen beruflichen Ausbildung bedürftige Tätigkeit der Seher und Drucker nicht entbehrt werden und durch eine fabrikmäßige, auf weitgehender Arbeitseinteilung beruhende Arbeit ersetzt werden könnte. Vielmehr läßt sich sehr wohl mit der Anerkennung der Seher und Drucker als gelernter Handwerker die rechtliche Behandlung des Gesamtbetriebes einer Großbuchdruckerei als einer Fabrik vereinbaren, wenn anders die große Zahl der Arbeiter, Betriebsräume und Maschinen, die Massenerzeugung und die kaufmännische Tätigkeit des Besitzers den Fabrikbegriff ergeben; die Seher und Drucker sind dann Handwerker in einem Fabrikbetriebe. Der hier in Frage stehende Druckereibetrieb weicht aber ohne Zweifel von dem gewöhnlichen handwerksmäßigen Druckereibetriebe in erheblichem Maße ab durch die große Arbeiterzahl, die große Ausdehnung der Betriebsräume, die umfangreiche Verwendung von Kraft- und Arbeitsmaschinen, welche letztere, wie namentlich die drei Segmashinen, die Handarbeit im weiten Sinne ersetzen (1 Maschine = 4 bis 5 Seher), den großen Umfang der Produktion, die hier mehr als in kleinen handwerksmäßigen Betrieben vorhandene Arbeitsteilung unter den Gehilfen und schließlich die Arbeitsteilung zwischen Unternehmer und Gehilfen bzw. die lediglich kaufmännische Tätigkeit des Unternehmers im Gegensatz zur technischen der Gehilfen.“

Die Handwerkskammer in M.-Glabach erwählte zum Vorsitzenden des Prüfungsausschusses, vor dem die Buchdrucker-Gehilfen ihre Gesellenprüfung abzugeben haben, einen Buchbinder, der nebenbei die Buchdruckerei betreibt. Das dürfte daher kommen, daß der Buchbinder sein Licht leuchten zu lassen wußte, während die Buchdrucker ein beschauliches Stillleben führen; höchstens gelegentlich unterbrochen durch Klageklagen über den „Mangel des Gewerbes“ oder über die „hohen Löhne der Gehilfen“.

Wegen Betrugs wurde in Magdeburg der Geschäftsführer Gustav Gieseler zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Derselbe war, wie die Magdeb. Volksstimme berichtet, vom Jahre 1893 ab unter der Firma Gieseler & Sohn Verleger der Zeitung Neueste Nachrichten in Burg. Im August 1896 trat er wegen Verkaufs mit dem früheren Buchdruckermeister Söffner in Verbindung und schwindelte ihm nach den Behauptungen der Anklage vor, die Zeitung sei das vorzüglichste Blatt der Provinz Sachsen, sie werfe einen jährlichen Reingewinn von 7000 Mark ab. Es seien 900 Abonnenten vorhanden, während es nur 700 waren. Durch seine falschen Vorpiegelungen erreichte G., daß Söffner die Druckerei für 26000 Mk. ankaupte. Später erreichte er im Zivilprozeß die Auflösung des Vertrages. Die Druckerei wurde dann in öffentlicher Auktion für 8000 Mk. verkauft. Die Verhandlung stellte fest, daß der Angeklagte sich im Jahre 1896 in sehr mißlichen Vermögensverhältnissen befand und fortgesetzt aus dem konservativen Vereine Warmittel erhalten hatte.

Am 30. Oktober kehrte der ehemalige Redakteur von der Magdeburger Volksstimme Albert Schmidt nach dreijähriger Gefangenschaft in die Freiheit zurück. Justitia hatte bekanntlich einen andern Redakteur des Blattes, der an dem Vergehen (Beleidigung des Kaisers und des Prinzen Eitel Fritz) vollkommen unschuldig war, sogar zu vier Jahren und einem Monate verurteilt, mußte aber, nachdem letzterer bereits einige Monate abgeessen, auf die Selbstbezichtigung des genannten Schmidt hin sich bequemen, das Urteil gegen den ersten aufzuheben, erkannte aber nun gegen Schmidt auf drei Jahre Gefängnis. In beiden Fällen hat die Höhe der Strafe allgemeine Sensation hervorgerufen und in der Tat hat das Magdeburger Gericht durch diese Urteile zur Geschichte der Preß- bzw. Majestätsbeleidigungsprozesse einen Beitrag geliefert, der bei Bekämpfung der einschlägigen Gesetzesbestimmungen wertvolle Dienste leisten wird.

Ein Scharfmacher erster Güte, der langjährige Redakteur der Berliner Neuesten Nachrichten, Herr Otto Runge, ist als Chefredakteur der offiziellen Norddeutschen Allgemeinen Zeitung berufen worden.

Gestorben ist am 3. November der Führer der freisinnigen Vereinigung Heinrich Rickert, 70 Jahre alt. Im Jahre 1858 übernahm er die Redaktion der Danziger Zeitung, deren Miteigentümer er wurde, und blieb bis an sein Lebensende in enger Beziehung zu derselben. Seit 1870 gehörte er dem Abgeordnetenhaus, seit 1874 dem Reichstage ununterbrochen an.

Die Verordnung des Bundesrates vom 28. Januar 1899 über die Einrichtung und den Betrieb in Holzhaarpinnereien, Haar- und Borstenzurichtereien sowie der Bürsten- und Pinselfabrikation ist einer Revision unterworfen worden, die eine teilweise Verschärfung und Erweiterung des Arbeiterschutzes mit sich bringt. Die Verordnung tritt am 1. Januar 1903 in Kraft.

In Württemberg hat das Ministerium des Innern in Verfolg der Kammerverhandlungen über Bauarbeiter-schutz eine Verfügung erlassen, welche die Aufsicht über Einhaltung der Schutzvorschriften regelt. Die Aufsicht hat in jeder Gemeinde durch den Baukontrollleur bzw. durch den Oberamts-Bauinspektor als Oberaufseher zu erfolgen. In Gemeinden, wo ein Bedürfnis dafür vorhanden, sollen dem ersten ein oder mehrere hauerberfähige Gehilfen (Bauaufseher) beigelegt werden. Von der Zuziehung von Bauarbeitern, deren Mithilfe anerkannt wird, hat man angehängt abgesehen, weil dieselben, in einem Arbeitsverhältnis stehend, leicht in Gefahr kommen könnten, durch ihre Pflichterfüllung als Bauaufseher ihre Stellung als Arbeiter zu verlieren und für Festangestellte in den meisten Fällen nicht genügend Beschäftigung vorhanden sei. Beide Bedenken sind kaum stichhaltig — man hätte es ruhig auf den Versuch ankommen lassen können. Der zweite Einwand ist ja auch in dem Falle der Anstellung von Bauaufsehern (siehe oben) schon hinfällig.

In Bayern bewilligte der Landtag den niederen Beamten und Bediensteten bis zu 1060 Mk. Jahresgehalt eine Wohnungszulage von 45 Mk. Die Verwaltung der Staatsbahn hat nun den Bahnwärttern und Weichenstellern, die sich im Besitze von Dienstwohnungen befinden, für die ihnen jährlich 60 Mk. angerechnet wurden, angekündigt, daß sie fortan für die Wohnung 105 Mk. zu zahlen haben. Die bewilligten 45 Mk. fließen hier nach nicht in die Taschen der Angelegten, sondern in den Staatsfiskus zurück. Genau so machen es ja verschiedene Hausagrarier — aber der Staat hätte doch alle Ursache, dieses böse Beispiel nicht nachzuahmen!

Eine Reichstags-Kommission ist augenblicklich mit der Beratung eines Gesetzes über Kinder-schutz beschäftigt. Wie notwendig ein solches Gesetz ist, das geht aus einem Berichte der Handelskammer Alauen i. S. hervor, welcher die Ergebnisse einer Umfrage bei den Fabrikanten enthält. Danach nimmt das Königreich Sachsen den höchsten Prozentsatz der gewerblich tätigen Kinder im

Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Beilage zu Nr. 129. — Donnerstag den 6. November 1902.

Vorträge aus dem Hauptblatte.

ganzen Deutschen Reiche ein, von 604.600 Schulkindern sind 137.831 oder 23 Proz. gewerblich tätig. Davon entfallen auf die Textilindustrie 74.508, darunter viele Kinder (meist eigne) unter 10 Jahren. — Uebertroffen wird Sachsen noch von der Agrardistrikte Italiens, wo 35,9 Proz. der in der Landwirtschaft beschäftigten Personen im Kindesalter stehen und einen Tageslohn von 20 bis höchstens 40 Pf. beziehen.

Das sächsische Oberverwaltungsgericht bedeutete in einem Urteile den Hausagrarern, daß das Allgemeininteresse dem Interesse der Hausbesitzer vorgehe und wies infolgedessen eine Beschwerde solcher gegen den Spar- und Bauverein in Röhren, der 300 billige und kleine Wohnungen errichten will, zurück. Es wäre zu wünschen, daß der obige Grundgedanke auch auf alle anderen Streitigkeiten Anwendung fände. Nach allgemeinem usus gehen die Interessen der besitzenden Klassen allen anderen vor — wenigstens nach der herrschenden Anschauung in diesen Kreisen.

Auch eine Arbeiterfürsorge. Der Polizeipräsident in Posen hat befunden, daß der Vortrag der „ausgesprochenen Tendenzstücke“ Die Weber, Das verlorene Paradies und Bartel Turaja seitens des bekannten Rezitators Walfotte nicht geeignet erscheine, von Arbeiterkreisen, welche durch die bevorstehenden Lohnkämpfe sich schon an und für sich in einem erregten Zustande befinden, angehört zu werden. Im Interesse der „öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung“ wurde daher die Rezitation untersagt.

In Oldenburg wurde ein Bankier wegen Depotuntersuchungen zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Auch der Vater des Angeklagten bekam ein Jahr Gefängnis zubüßend, da er als „Prokurist“ der Beihilfe beschuldigt war. Da auf der Strafliste des Bankiers bereits zwölf Jahre Zuchthaus standen, weil er einen Oberamtsrichter ums Leben brachte, so wurden die zwei Jahre Gefängnis in ein Jahr Zuchthaus umgewandelt. Der Herr Bankier wird nun dreizehn Jahre lang Gelegenheit haben, seine geschäftliche Tätigkeit, die allerdings von der bisherigen weitlich unterschieden sein wird, im Zuchthause fortzusetzen.

Ausstrände. Der Kampf um den Arbeitsnachweis in der Berliner Holzindustrie dauert fort, die Unternehmer haben die seit einiger Zeit schwebenden Verhandlungen abgebrochen. Dagegen ist der Streik der Bleigläser, Glasmaaler und Messinggläser daselbst beendet nach einer Dauer von 9 Wochen. Der Junngsnachweis wird unter Kontrolle des Gesellenausschusses beibehalten, der Lohn vom 1. April n. J. ab um 5 bzw. 2 1/2 Pf. erhöht, Ueberstunden sollen mit 25 bzw. 50 Proz. Aufschlag vergütet werden. Arbeitszeit neun Stunden. Accordarbeit ist abgefallen. Die Glaserarbeiter in Hamburg sind nach abgelaufener Rindigungsfrist in den Streik getreten. Eine Porzellanfabrik in Kronach stellte einen Teil ihrer Arbeiter vor die Alternative, entweder aus ihrer Organisation, deren Bestrebungen den Interessen der Fabrik angeblich zuwiderlaufen, auszutreten oder sich als gekündigt zu betrachten. Und die Dorfzeitung findet diesen Terrorismus nachahmenswert! Der in Folge Mahregelung zweier Kollegen bei Georgi & Co. in Mülau im Bogtlande begonnene Streik wurde aufgegeben, weil ein Erfolg nicht zu erwarten war.

In Frankreich versuchen die Unternehmer den Zusammenbruch des Schiedsgerichtes durch allerlei Maßnahmen zu verschleißen und ertageln nicht, den Beschlüssen der Regierung resp. Kammer gegenüber die „Herren im Hause“ zu spielen. In Paris traten die Konzert- und Theater-Musiker in den Streik, bessere Bezahlung verlangend. Die ihrerseits ebenfalls organisierten Unternehmer weigern sich, mit der Musiker-Organisation zu unterhandeln.

In Frankreich zählte im Jahre 1901 das dortige Arbeitsamt 523 Streiks mit 111.414 Beteiligten, darunter 10.290 Frauen und 1109 jugendliche Arbeiter, in 6970 Betrieben. An Arbeitstagen gingen dadurch 1.862.030 verloren. Erfolgreich waren 114 Streiks mit 9364 Beteiligten, 105 mit 44.336 Beteiligten endeten durch Vergleich und 214 mit 57.684 Teilnehmern ohne Erfolg. Wegen Lohnkürzung wurde in 57 Fällen mit 4876 Teilnehmern gestreikt. Von dem Einigungs- und Schiedsverfahren wurde in 142 Fällen Gebrauch gemacht, jedoch nur in 65 Fällen mit Erfolg. Verurteilungen zu Geld- oder Gefängnisstrafen erfolgten 339.

Der französische Marineminister hat Anlaß genommen, den ihm unterstehenden Dienstbehörden bemerklich zu machen, daß die Gewerkschaft der Marinearbeiter nicht nur gebildet, sondern gleich den übrigen Gewerkschaften durch das Gesetz von 1884, das auch für die Arbeiter der Staatsbetriebe gelte, geschützt sei. Es sei unmöglich zuzulassen, daß die Marine unter einem andern gesetzlichen Regime lebe als der übrige Teil des Landes. Die betreffenden Beamten scheinen ihre Beziehungen zu der Gewerkschaft nach deutschem Muster geregelt zu haben.

In Paris hielten vor kurzem die französischen Postarbeiter ihren Kongreß ab. Unter den gefaßten Beschlüssen sind bemerkenswert die Gewährung von 15 Tagen Ferien alljährlich, Verbesserung der Alterspensionen (Mindestpension 600 Fr. und 1200 Fr. für solche, welche 25 Jahre Beiträge in die Kasse gezahlt), Ausdehnung des Nachschubentages auf alle Postarbeiter der Provinz, Lohnminimum von 5 Fr. täglich, Ernennung von Vorführern und Werkstättenchefs ausschließlich aus den Reihen der Arbeiter, Verbesserung des Beförderungswesens, Beseitigung des Vorrechtes der ausgedienten militärischen Kapitulanten auf das Aufseheramt, Wiederaufnahme der Arbeiter nach Rückkehr aus dem Militärdienst in ihre früheren Stellungen usw. Der Unterstaatssekretär für das Post- und Telegraphenwesen empfing nach Schluß des Kongresses eine Delegation, welche ihm die Beschlüsse überbrachte, und gab ihr das formelle Versprechen, zehn Tage Ferien pro Jahr einzuführen, auch die Verbesserung der Alterspensionen sowie die sonstigen Beschlüsse in Erwägung ziehen zu wollen.

Eine interessante vergleichende Statistik über die industrielle Frauenarbeit in Frankreich, Belgien und Deutschland brachte jüngst die Soz. Praxis nach dem Bulletin des französischen Arbeitsamtes. Die Zahlen beruhen für Deutschland auf der Gewerbezahlung von 1895, für die beiden anderen Länder auf Zählungen von 1896. Es entfallen danach in der Gesamtindustrie auf je 100 beschäftigte Männer in Deutschland 25, in Belgien 33 und in Frankreich 51 Frauen. Der auffallend starke Umfang der Frauenarbeit in Frankreich wird vor allem durch das Ueberwiegen weiblicher Arbeitskräfte in der Textil- und Bekleidungsindustrie bedingt. In diesen beiden Gruppen entfallen auf je 100 beschäftigte Männer in Frankreich 256 Frauen, in Belgien dagegen nur 194, in Deutschland nur 114 weibliche Arbeiter. Auch in den Nahrungsmittelindustrien und in der Metallindustrie ist in Frankreich der Prozentatz der beschäftigten Frauen ein größerer als in Deutschland und Belgien. Die chemische und die keramische Industrie verwenden in Deutschland mehr weibliche Arbeitskräfte als in den beiden anderen Ländern, nämlich 46 bzw. 24 auf je 100 beschäftigte Männer, während in Frankreich auf sie nur 40 bzw. 18, in Belgien 25 bzw. 18 Frauen entfallen. Ein Vergleich der absoluten Zahlen erweist, daß in Deutschland in den meisten Industrien weit mehr Arbeiterinnen beschäftigt sind als in Frankreich und Belgien. In der Bergwerksindustrie sind in Deutschland 16.702, in Belgien 10.395, in Frankreich nur 8.204 Frauen tätig; in den chemischen Industrien stellen sich die Zahlen wie folgt: Deutschland 140.569 Arbeiterinnen, Frankreich 45.632, Belgien 9.659. Die Zahl der verwendeten Frauen beträgt in den Nahrungsmittelindustrien in Deutschland 89.385, in Frankreich 79.885, in Belgien 5.678, in der Metallindustrie 58.192, 41.236, 6.009. Die photographischen Industrien beschäftigen in Deutschland 34.712, in Frankreich 15.656, in Belgien 696 Frauen; in der Bauindustrie sind in Deutschland 35.391, in Frankreich 8.320, in Belgien 759 weibliche Arbeitskräfte tätig. Dagegen sind in der Textil-, der Konfektions-, Bekleidungs- und Wäscheindustrie in Frankreich 1.573.333 Frauen und 615.946 Männer beschäftigt, in Deutschland 1.054.613 Frauen und 928.325 Männer, in Belgien 213.059 weibliche und 109.651 männliche Arbeiter.

Wenn eine Mitteilung der Frankfurter Zeitung richtig ist, so hat der Staat Nicaragua die Arbeitslosenfrage in ganz eigenartiger Weise gelöst. Danach soll dort ein Gesetz fabriziert worden sein, das jede Person, die nicht 400 Mk. „Vermögen“ aufweisen kann, als Arbeiter bezeichnet. Jede solche Person hat einen Arbeitgeber nachzuweisen; kann sie das nicht, so wird sie von der Polizei in Haft genommen, zwanzig Tage lang eingesperrt und dann an Regierungsarbeiten beschäftigt, bis sich ein Privatunternehmer findet, der sich des betreffenden Arbeiters annimmt. Den Gesetzesmachern sollte eine kalte Douche verabfolgt werden.

Gemeindebezirksräte. Der Straßenbahnbetrieb in Glasgow befindet sich seit mehreren Jahren in den Händen der Stadtgemeinde. Das hat natürlich in Unternehmertreuen wenig Anklang gefunden und die diesen dienende Presse ist eifrig bemüht, den Erfolg dieser städtischen Unternehmung zu verkleinern. Diesen Angriffen trat der dortige Oberbürgermeister mit einigen Ziffern entgegen, aus denen hervorgeht, daß die Länge des Netzes unter Gemeindegewalt sich über das Doppelte erhöht hat, die Fahrpreise um etwa die Hälfte verringert sind und der Gewinn der Stadt aus diesem Betriebe gegen die von der Aktiengesellschaft gezahlte Pachtsumme sich um das Dreifache erhöht hat. Dabei ist die Arbeitszeit der Angestellten um über 25 Proz. herabgegangen und die Löhne sind um ebensoviel erhöht worden.

Eingänge.

Schweizer Graphische Mitteilungen. Verlag: Zollikofer Buchdruckerei in St. Gallen. Heft 4. — Preis pro Halbjahr (12 Hefte) 4,50 Mk. Zu dem vor-

liegenden Hefte werden die beiden Artikel „Welche Anforderungen muß der Buchdrucker an die Farbe stellen?“ und „Die gebrückte materielle Lage des Buchdruckgewerbes“ (Vortrag) beendet und weiter über Sprachstudien für Buchdrucker, Hygrolog-Farben und eine Reihe technische Verbesserungen und Neuerungen berichtet. Vier schöne Satz- und Druckmuster zieren das Heft.

Graphischer Beobachter. Zeitschrift für die Praxis der Druckgewerbe. Mit der Beilage: Motive für den Accidenzjah. Verlag: E. Schnurpfeil in Leipzig-N. 11. Bd. Heft 19. Einzelpreis 25 Pf., vierteljährlich 1,40 Mk. Der Vortrag über die Lage im Buchdruckgewerbe (gehalten auf der Generalversammlung des D. V.-V.) kommt im vorliegenden Hefte zum Schluß, weiter wird über das Verfahren zur Herstellung von Farbentziffern für Dreifarbenbrüche berichtet. Graphische Rundschau, Schriftgießerei-Meinungen und zwei Motivenblätter für den Accidenzjah vervollständigen den Inhalt.

Illustrierte Geschichte der Stadt München von Ferdinand Kronegg. Verlag von Franz K. Seig, München. 16. Lieferung. Preis pro Heft 60 Pf. Die geschichtlichen Schilderungen treten in dieser Lieferung in das 19. Jahrhundert ein und schreiten bis zur Regierung König Max I. vor.

Unterrichtsbücher für das Selbststudium der lateinischen Sprache. Vom Gymnasialoberlehrer Dr. Chr. Hofe. Verlag: E. Haberland, Leipzig-M., Grünsingstraße 4/6. — Brief 1. Alle 14 Tage erscheint ein Brief von mindestens 16 Druckseiten, zusammen 45 Briefe à 50 Pf. Das Werk ist in drei Kurse eingeteilt und wird im 1. das grammatische Pensum der Sexta, Quinta und Quarta des humanistischen Gymnasiums, im 2. das Pensum der Unter- und Ober-Latina und Unter-Sekunda und im 3. Kursus endlich das Pensum der Ober-Sekunda, Unter- und Ober-Prima des Gymnasiums umfassen.

Alpine Majestäten. Die Bergwelt der Erde in Bildern. Verlag: Vereinigte Kunstverlage A.-G., München, Kaufhofstr. 51a. Heft 9 und 10. Preis pro Heft 1 Mk. Diese beiden Hefte bieten wieder schöne photographische Ansichten von Gries und Bogen mit Schlarn und Rosengarten, von Meran, Schloß Tirol, sowie den Allgäuer und den West-Alpen. Auch Bilder von der Insel Madeira und vom schottischen Hochgebirge hat uns des Künstlers Camera gebracht.

Schutz gegen Krankheitsgefahr! Von Dr. F. Badet und Dr. A. Blasko. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstraße 69. Preis 20 Pf.

Briefkasten.

B. F. in Duisburg: 1,80 Mk. — W. B. in Bromberg: Ihre Einsendung kann nur als Inserat (Zeile 25 Pf.) aufgenommen werden.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung.

Bei Konditionsangeboten im Inlande wie im Auslande haben die Mitglieder im eignen Interesse unter allen Umständen bei den zuständigen Verbandsfunktionären Erkundigungen über die tarifliche Verhältnisse einzuziehen. Im Unterlassungsfalle haben die Betreffenden die hieraus entstehenden Konsequenzen sich selbst zu zuschreiben. — Bei Konditionsangeboten nach dem Auslande sind Anfragen an die Zentralverwaltungen zu richten, und zwar für die deutsche Schweiz an Emil Pfister, Bern, Friedbad 41; die romanische Schweiz an Marius Corbaz, Lausanne, Chalet du Midi, chemin Jurigoz; die italienische Schweiz an F. Valsecchi, Lugano, piazza Liceo 60; Elsaß-Lothringen an Alphonse Schmoll, Straßburg, Brunnengasse 5; Desterreich an Franz Reismüller, Wien VII/1, Zieglergasse 25; Ungarn an Julius Reidl, Budapest VIII, Stáhlly-utca 7; Preßburg an Samu Löwy, Preßburg, Michaelergasse 16; Holland an E. Fols, Amsterdam, Bloemstraat 60 huis; Dänemark an Viktor Petersen, Kopenhagen, Nybrogade 12 K. Berlin.

Der Verbandsvorstand.

Bezirk Essen. Anträge für die am 16. November in Essen abzuhaltende Bezirksversammlung sind bis Montag den 10. d. M. dem Vorstände einzureichen. — Vor der Bezirksversammlung findet eine Allgemeine Buchdrucker-Versammlung statt.

Bezirk Magdeburg. Die Geschäfte des Vorstehenden des Bezirksvorstandes hat seit 1. November der Kollege Oskar Hesselbarth in Eracau b. Magdeburg, Gartenstraße 16, übernommen.

Bonn. Dem Sefer Georg Gärtner aus Münsterberg ist sein Dittungsbuch (202 Schließen) angeblich in Engers a. Rh. abhanden gekommen. Derselbe erhielt ein neues Buch (4125 Rheinland-Westfalen) und wird ersteres

für ungünstig erklärt. — Der Seher Peter Wilbert aus Friedberg wird ersucht, den dem hiesigen Kassierer an Beiträgen zu wenig gezahlten Betrag von 6 Mk. portofrei an J. Dmes, Alter Heerweg 8, einzufenden. — Gleichzeitig werden die Herren Vertrauensmänner gebeten, den Unfughalt des Sehers Karl Aug. Zul. Hefel aus Höttingen an obige Adresse mitzuteilen.

Magdeburg. (Maschinenmeisterverein.) Die Wohnung des ersten Vorsitzenden Alfred Frike befindet sich seit 1. November Petersstraße 6, p.

Memmingen. Der nunmehrige Ausschuss setzt sich aus folgenden Kollegen zusammen: Hermann Endrich, Vorsitzender; Josef Schweizer, Kassierer; Jak. Hörger, Schriftführer.

Plauen i. V. Die Druckerei F. Otto Günther (Inhaber F. Schmidt in Martneutkirchen) ist wegen Einführung untarifmäßiger Arbeitszeit für Verbandsmitglieder geschlossen.

Zur **Aufnahme** haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In **Wern** der Drucker Oswald Fey, geb. in Zell-Weierbach 1879, ausgl. in Offenbach 1900; war noch nicht Mitglied. — Wilhelm Christmann in Währ, Schlosserstraße 2.

In **Wern** der Seher Martin Wilde, geb. in Wredstedt 1877, ausgl. in Wern 1896; war schon Mitglied. — J. Chr. Heismann in Flensburg, Angelturberstraße 44.

In **Magdeburg** die Seher 1. Heinrich Lenz, geb. in Eshwege 1870, ausgl. daf. 1888; 2. Julius Erdmann, geb. in Hannover 1879, ausgl. in Magdeburg 1898. — Karl Gehrt, Gracau b. Magdeburg, Gartenstraße 16.

Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung.

Memmingen. Das Viatikum wird bis auf weiteres nur an Ausgesteuerte und Nichtbezugsberechtigte ausgezahlt und zwar in der Wohnung des Kassierers Josef Schweizer, Obere Kuttelgasse.

Tarif-Amt der Deutschen Buchdrucker.

Briefadresse: J. H. des Geschäftsführers Herrn Paul Schleich, Berlin SW 48, Friedrichstraße 239.

Tarifkreis II. (Sitzung des Kreis-Amtes vom 6. Oktober in Düsseldorf.) Anwesend sind die beiderseitigen Mitglieder aus Krefeld, Düsseldorf, Köln, Essen, Siegen, Münster, Bielefeld, Hagen, Dortmund und Saarbrücken und der Geschäftsführer des Vereins rheinisch-westfälischer Buchdruckereibesitzer. Die Versammlung beschäftigte sich zunächst mit der Einführung des Tarifes in Xrier und mit einem Antrage, der die Einführung des Lokalzuschlages für denselben Ort auf zwei Jahre hinausgeschoben wissen will, um die der Tarifeinführung entgegenstehenden Schwierigkeiten zu beseitigen. Bei der Abstimmung über diesen Antrag stimmen vier Prinzipale und fünf Gehilfen für, fünf Prinzipale und vier Gehilfen gegen denselben, so daß der Antrag durch Stimmengleichheit zur Ablehnung kam. Hierauf wurde beschlossen, eine Prinzipalsabordnung nach Xrier zu entsenden, um

in weitere Verhandlungen mit der dortigen Prinzipalität einzutreten. — In einer Diskussion über die Tätigkeit der Schiedsgerichte wird beschlossen, daß die bei Einreichung einer Klage vom Kläger zu zahlende Anmeldegebühr auch dann nicht zurückzugeben sei, wenn sich das Schiedsgericht zur Verhandlung des Falles für unzuständig erklärt. Weiter wird darüber Klage geführt, daß die Gehilfen einer Essener Firma infolge einer tariflichen Differenz ihre Kündigung eingereicht, ohne den Nachspruch des Schiedsgerichtes abzuwarten. Das Kreis-Amt bezieht ein solches Vorgehen als nicht mit den tariflichen Bestimmungen in Einklang stehend. — Betreffs der Arbeitsnachweise wird über eine nicht genügende Zuanfprache derselben seitens der tariffreien Firmen berichtet; die Versammlung behält sich vor, zu dieser Frage in einer späteren Sitzung nochmals Stellung zu nehmen, spricht aber gleichzeitig den dringenden Wunsch aus, daß die Prinzipalität des II. Kreises die Arbeitsnachweise reger als bisher berücksichtigen möge. — Zur Deckung der Kosten des Kreis-Amtes wird gegenseitig ein Jahresbeitrag von 25 Pf. für jeden tariffreien Gehilfen festgesetzt; der diesmal zu erhebende Beitrag gilt für das laufende Jahr. Prinzipalsseitig werden die Kosten aus der Prinzipals-Kreis-Kasse bestritten. — Ferner wird die Verwendung eines Mundschreibens an die Behörden wegen Vergebung der Druckarbeiten nur an tariffreie Firmen beschlossen, dessen Kosten die Prinzipals-Kreis-Kasse übernimmt. — Eine Beschwerde von Dortmunder Gehilfen, es sei bei den Schiedsgerichtswahlen nicht ordnungsgemäß verfahren worden, wird als unberechtigt erklärt.

Cigarren-Spezial-Haus für Kantinen und Konsum-Lieferungen.



Lager-No. 34 — 100 Stück 3,75 Mk. — 1000 Stück 34 Mk.

Herr **Rauscher** ist unseren Lesern schon seit Jahren von der Firma Rauscher & Fabisch her bekannt.

Rauscher & Co., Berlin C. 22, dicht am Hackeschen Markt — Stadtbahnhof — Börse — Monbijou-Platze.

Ferner führen wir in gleicher Façon noch:

Lager-No. 48 — 100 Stück 4,50 Mk. — 1000 Stück 40 Mk.

Lager-No. 56 — 100 „ 5 „ — 1000 „ 45 „

Tadellose Qualitäten zum 5, 6, 7 1/2 Pfg. etc. -Verkaufe. — Verkauf und Versand nicht unter 100 Stück von einer Sorte; nach auswärts gegen Nachnahme; von 500 Stück an portofrei mit 3% Rabatt. Die (1000) Vorzugs-Preise kommen auch dann zur Anrechnung, wenn von verschiedenen Sorten zusammen 1000 Stück auf einmal genommen werden.

Garantie: Zurücknahme! Preisliste gratis und franko!

Grosse Präsidentenstrasse No. 3, [751]
dicht am Hackeschen Markt — Stadtbahnhof — Börse — Monbijou-Platze.

Eilt!

Zum Verkauf von **Cigarren** an Wirte usw. wird ein tüchtiger Agent gesucht, gleich wo wohnhaft. Vergütung ev. 250 Mk. pro Monat oder hohe Provision. A. Rieck & Co., Hamburg.

Accidenzseker

im Entwurfe und Ausführung mindestens so erfahren, daß er zu selbständigen Arbeiten auszubilden ist, wird sofort gesucht. Einreichung von Zeugnisabschriften und Sammlungen ist erwünscht. [900]
Schmidt & Klamann, Kiel.

Tüchtiger Schweizerdegen

gesucht. Werte Offerten unter Nr. 934 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Junger, tüchtiger

Accidenz-Seker

in allen Sprachen durchaus bewandert, sucht sofort oder später angenehme Stellung. Werte Offerten erbeten unter „Accidenz 33 1/2“ postl. Johannispost, Stuttgart. [923]

Selbst. arbeitender Accidenzseker

deutsch-französisch-englische Sprach- u. Handelskenntnisse, wünscht sich als solcher, Stütze des Faktors, Korrektor, oder auf Bureau zu veranlassen. Werte Off. u. C. L. 873 an d. Geschäftsst. d. Bl.

Accidenz- und Tabellenseker

Junger, tüchtiger Kraft, sucht sofort Stellung. Werte Off. erb. an **H. Staps, Leipzig**, d. Bl. Gemeindefraße 14. [929]

Typograph-Seker

mit 2 1/2 Jähr. Praxis, im Französischen u. Italienischen sicher, perfekt in der Montage, leistungsfähige Kraft, wünscht sich nach größerer Stadt (nicht unter 50.000 E.) zu veranlassen. (Heftung oder Wert.) Werte Offerten unter B. L. K. 930 an die Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Junger tüchtiger, in allen Sprachen bewandert

Schriftseker

(militärisch) sucht Konbition. Werte Offerten unter 100 H. R. Hauptpostlagernd München.

Tücht. Setzer

in allen Satzarten bewandert, sucht sofort Stelle. Werte Offerten erbeten an Xaver Osterried, Kaufbeuren, Baumgarten 442. [932]

Schweizerdegen

Sucht event. auch als Zeugniss, Anzeigen, Tabellen- oder Accidenzseker Stellung. Werte Off. an **Dr. Hoshoka, Schriftseker, Lütz 3**, d. Bl. Kreierstraße, erbeten. [936]

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgiesser.

Mittwoch den 19. November (Sufstag):

Feier des 40. Stiftungsfestes

im Zirkus Schumann, Karlstraße.

Eröffnung 8 Uhr.

Anfang 4 Uhr.

Die Mitglieder erhalten die Eintrittskarte durch die Kassaboten und auf der Verwaltung. In beschränkter Zahl werden Gäste zugelassen und sind Karten à 1 Mk. auf der Verwaltung beim Kollegen **J. Masfni** zu haben. [937]

Die Vergnügungskommission.

Liedertafel Gutenberg von 1877. Hamburg-Altona.

Von dem derzeitigen Damen-Komitee ist der Unterzeichnete beauftragt, die geehrten Mitglieder zu bitten, ihren wertvollen Beitrag für den gütigst gewährten Beitrag zu der Sammlungs für das fünfzigjährige Stiftungsfest herzlich dank zu sagen. — Insgesamt sind eingegangen 434,15 Mk., davon sind vorausgezahlt 409,15 Mk., die restlichen 25 Mk. sind der Unterstützungskasse für unsere konditionellen Sangesbrüder überwiesen. Die spezifizierten Abrechnung liegt zur gefälligen Einsicht im Vereinslokale aus.

Sonntag den 16. November, 7 1/2 Uhr:

Gemütlicher Abend mit Damen

im Vereinslokale, **Sornhäft, Al. Rosenstraße 16.**

Der Vorstand. [928]

Tüchtiger Maschinenmeister

bewandert in allen vorkommenden Arbeiten, mit Motoren vertraut, sucht sofort Stelle. Werte Off. erbeten an **Georg Riederer, Kaufbeuren, Baumgarten 442.** [933]

Junger, strebs. **Schweizerdegen** sucht Stellung zwecks gründl. Vervollkommnung zum **Maschinenmeister.**

Werte Off. u. „Henry 922“ an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Tonplattenschneidekursus.

Die 2. Aufl. der „Praktischen Winkler“ von F. Schorer behandelt sehr ausführlich den **Plattenschneidekursus** in dem verschiedensten Materialen. Von den Fachzeitschriften zur Anschaffung bestens empfohlen. Preis 1 Mk. Porto 10 Pf. **Graph. Verlags-Anstalt, Halle a. E.**

Tabellen zur Satzberrechnung

Kth. Härtel in Leipzig. d. Bl. — 3 Mk.

Aachen.

Samstag d. 8. Nov., abends 9 Uhr: Monatsversammlung.

T. d. 1. Mitteilungen; 2. Kassenbericht; 3. Verschiedenes. Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand.

Internat. Kohlstrunk, Bremen.

Sonntag den 9. November:

Ausflug nach dem Jakob- und Glockenberg.

Treffpunkt bei Meyer, Kaiserstraße, morgens 8 Uhr.

Zahlreiches Erscheinen aller Mitglieder erwünscht. **H. A.**

Darmstadt.

Samstag d. 8. Nov., abends 9 Uhr, im Lokale des Herrn Karl W. Müller, Ecke der Ludewigs- und Mühlstraße:

Mitgliederversammlung.

T. d. 1. Aufnahme neuer Mitglieder, 2. Verschiedenes. Die Mitglieder werden ersucht, pünktlich zu erscheinen. **Der Vorstand.**

werden in Zukunft (bei den verbilligten Postanweisungen) nicht mehr in Zahlung genommen.

Ortsverein Duisburg.

Sonntag den 9. November, nachmittags 5 Uhr beginnend, [940]

Feier des 34. Stiftungsfestes

im oberen Saale des Vereinslokales „Gambinus“, Friedrich-Wilh.-Platz, durch Konzert Theater und Ball unter gest. Mitwirkung des Arbeitergesangsvereins „Zeutonia“ Duisburg und des Männergesangsvereins „Grapia“ Duisburg.

Die Mitglieder der umliegenden Druckorte sind freundlichst eingeladen.

Das Festkomitee.

Flensburg. Sonnabend, 8. Nov.: Monatsversammlung.

T. d. 1. Abrechnung; 2. Antrag Weinik, die Versammlungen statt in der Donnerstags- in der Dienstags-Nummer zu amonieren; 3. Verschiedenes. [925]

Verein der Stereotypen- und Galvanoplastiker

von Hamburg-Altona und Umgegend.

Sonntag den 9. November, abends 5 Uhr, im Vereinslokale bei **Robert Schmitel:**

Monatsversammlung.

Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen; 2. Gewähltes des ersten und zweiten Vorsitzenden; 3. Regelung des Unterhaltungsweises; 4. Bericht des Festkomitees zu den zu veranlassenden Wintervergünstigungen; 5. Freie Diskussion. [927]

Um zahlreiches Erscheinen bittet **H. A.**

Krefeld. Samstag den 8. November, abends 9 Uhr: Monatsversammlung.

T. d. 1. Geschäftliche Mitteilungen; 2. Kassenbericht; 3. Mitgliedsbeitrag; 4. Aufnahme der Kandidaten zur Vorstandswahl; 5. Bericht über die Kreisversammlung; 6. Fragekasten; 7. Verschiedenes. [927]

Der Vorstand.

Rixdorf-Britz. Sonntag den 9. November, nachmittags 1 Uhr:

Vereinsversammlung.

in Vernecker Festhause (früher Thomas), Hermannstraße 49 (H. Saal).

Tagesordnung: Vereinsmitteilungen; Vorstandswahl; Neuwahl des Berichtes der Kartelldelegierten und Neuwahl des Berichtes.

Richard Härtel, Leipzig-R.

Kohlgrabenstrasse 48

Guthandlung und Antiquariat liefert Werke aller Art zu Ladenpreisen franko. Bestellungen nur direkt per Postanweisung erbeten.

Zurücksendung und Druck von Illustrationen. Von Madorn. 3,50, geb. 5 Mk. Weiß, Verlobung unterm Regal. Barfeste Szene. 30 Pf.

Gutenberg-Abbildungen-Marsch von G. Schäfer für alle Buchdrucker-Festlichkeiten geeignet für Streichorchester 2,20, für Pianoforte 1 Mk.